

Sperrfrist: Heute, 15.4.2008, 18 Uhr

**Ralf Stegner:**

## **Der Kampf für die Demokratie ist eine dauerhafte Aufgabe**

*Vor 75 Jahren wurde im Reichstag über das Ermächtigungsgesetz abgestimmt. Damit wurde faktisch die nationalsozialistische Diktatur etabliert. Die SPD-Reichstagsfraktion hat als einzige gegen dieses „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ gestimmt und den Nazis widerstanden – trotz Bedrohung mit Verfolgung und Mord. In ihrer Veranstaltung „75 Jahre SPD gegen das Ermächtigungsgesetz“ erinnert die SPD-Landtagsfraktion Schleswig-Holstein heute an den Mut und Einsatz der Abgeordneten, die für unsere Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität eintraten und damit dem Hitler-Regime die Stirn boten.*

*Die Gedenkrede hält der Bundestagsvizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse. Die Begrüßungsrede des Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion und des SPD-Landesverbandes, Dr. Ralf Stegner, hat folgenden Wortlaut:*

Der 23. März 1933 ist wohl der schwärzeste Tag in der Geschichte des deutschen Parlamentarismus. Das sogenannte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ hat die letzten Weichen gestellt für Verbrechen, Terror, Diktatur und Krieg und es war der Reichstag selbst, der an diesem Tag seine ureigenen Rechte als Gesetzgeber abtrat und in die Hände eines verbrecherischen Diktators legte.

Peter Struck, mein Kollege als Chef der SPD-Bundestagsfraktion, schrieb dazu: „Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz, nicht nur durch die Nazi-Fraktion, sondern auch durch die bürgerlichen und liberalen Parteien wurde der braunen Barbarei parlamentarisch Tür und Tor geöffnet. Statt Not abzuwenden, war das Gesetz ursächlich verantwortlich für die für uns Nachlebenden kaum nachvollziehbare Not, mit der in zwölf Jahren Naziterror Abermillionen von Menschen überzogen wurden. Der 23. März 1933 war der Tag, an dem sich die Demokratie endgültig ihren Feinden ergab. Es war

aber auch ein Tag, der uns Sozialdemokraten immer in stolzer Erinnerung bleiben wird. Denn allein die sozialdemokratische Fraktion widersetzte sich an diesem Tag der Diktatur.“

Deshalb haben wir uns bewusst entschieden, wie im Berliner Bundestag vor wenigen Tagen, heute auch in Kiel dem Mut und Einsatz unserer SPD-Reichstagsabgeordneten und ihrem Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie zu gedenken.

Vor etwas mehr als 75 Jahren diskutierten die Reichstagsabgeordneten sehr heftig, ob sie mit ihrem Verhalten nicht eine pseudodemokratische Veranstaltung legitimieren würden. Denn von ihren eigenen Abgeordneten waren zahlreiche in Schutzhaft und den kommunistischen Abgeordneten waren die Mandate aberkannt worden.

Die Abgeordnete Luise Schröder aus Altona, das damals zu Schleswig-Holstein gehörte, argumentierte dagegen, sie sagte: „Wir müssen vor aller Welt den Nazis widersprechen.“

Wir wollen heute jene Demokratinnen und Demokraten würdigen, die das tatsächlich getan haben, die aufgestanden sind, laut geworden sind, trotz der Bedrohung mit Verfolgung bis hin zu Mord durch die Nationalsozialisten.

Die Rede von Otto Wels, in der er die Ablehnung durch die SPD-Reichstagsabgeordneten begründet, ist hierfür ein beispielhaftes Dokument.

Warum diese Veranstaltung? Den Blick zurück und die Einordnung will ich unserem Festredner überlassen. Neben der historischen Erinnerung will ich aber drei Gründe mit tagesaktuellem bzw. lokalem Bezug wählen.

Erstens: Wir möchten an eine dauerhafte Aufgabe von Demokraten erinnern, den Kampf für die Demokratie.

Die Demokratie ist ein hohes Gut, das wir verteidigen müssen. Unsere Vorgängerinnen und Vorgänger haben es in viel schwereren Zeiten getan. In seiner Begründung

für das Ermächtigungsgesetz sagte Hitler: „Es würde dem Sinn der nationalen Erhebung widersprechen und dem beabsichtigten Zweck nicht genügen, wollte die Regierung sich für ihre Maßnahmen von Fall zu Fall die Genehmigung des Reichstages erhandeln oder erbitten.“

Demokratische Rechte und Institutionen wie das Parlament dürfen nie wieder der Beliebigkeit einer Regierung anheim fallen, sondern bedürfen einer für alle geltenden Rechtsgrundlage.

In Artikel 7 der Erklärung der Menschenrechte, die die französische Nationalversammlung 1789 verabschiedete, heißt es: „Wer willkürliche Anordnungen verlangt, erlässt, ausführt oder ausführen lässt, muss bestraft werden.“

Gewaltenteilung, die Trennung zwischen Verfassungsschutz und Polizei, Richtervorbehalte, Kontrollinstrumente und andere Rechte des Parlaments, aber auch Tarifautonomie und Mitbestimmung – allzu oft haben wir heute den Eindruck, dass dies Instrumente sind, die einige nur zu gerne als lästig beiseite legen wollen. Doch sie wurden aus guten Gründen in einigen Fällen sogar grundgesetzlich verankert als Lehre aus der Geschichte und als elementare Bausteine unserer Demokratie.

Auch dies wird in der Erklärung der Menschenrechte deutlich. Dort heißt es in der Präambel: „damit diese Erklärung allen Mitgliedern der Gesellschaft stets gegenwärtig ist und sie unablässig an ihre Rechte und Pflichten erinnert werden; damit die Handlungen der gesetzgebenden wie der vollziehenden Gewalt jederzeit mit dem Zweck einer jeden politischen Einrichtung verglichen werden können und dadurch mehr geachtet werden; damit die Beschwerden der Bürger, von nun an auf einfache und unbestreitbare Grundsätze gegründet, jederzeit der Bewahrung der Verfassung und dem Wohle aller dienen.“

Die SPD hat aufgrund ihrer Geschichte die nachdrückliche Aufgabe, diese Rechte zu verteidigen und zu sagen, dass mit unserer Verfassung nicht zu spaßen ist, sie ist weder beliebig zu ändern noch mit den Füßen zu treten. Auch deswegen übrigens sollten wir ein Verbot der rechtsextremen und verfassungsfeindlichen Neonazi-Partei NPD sorgfältig prüfen.

Auch deswegen sollten wir – und hier weiß ich mich mit Ihnen, Herr Präsident Kayenburg, einer Meinung - Einschränkungen der Parlamentsrechte, wie sie in der Föderalismusdebatte zur Sprache kommen, sorgfältig diskutieren. Auch deshalb gilt es, der so üblich gewordenen Geringschätzung von Politik und Parlament entgegenzutreten und für demokratische Politik, die ja zumeist ehrenamtlich ausgeübt wird, zu werben und sie zu stärken.

Zweitens sollten wir an eine weitere Verpflichtung erinnern. Es ist unsere Aufgabe, uns den neuen und alten Nazis entgegenzustellen, schon dort aufzustehen oder gegenzuhalten, wo alltägliche Gewalt, alltäglicher Rassismus greift: Die Überzeugung, dass die Menschenwürde unantastbar ist, dass jede und jeder gleiche Rechte hat und die gleichen Chancen verdient, ist ein Kernelement der deutschen Sozialdemokratie. Diese Überzeugung sollten wir offen vertreten auf Anti-Nazi-Demos, Ostermärschen oder Veranstaltungen zum ersten Mai, an Marktständen und bei Stammtischen. Dort heißt es: Farbe bekennen – wir haben es heute um so viel leichter. Zivilcourage war früher lebensgefährlich, das ist sie heute fast nie und doch ist sie ein so seltsam selten auftretendes Phänomen.

Bei allen wichtigen aktuellen Lehren, die wir mit aller Vorsicht ziehen können, wollen wir drittens vor allem erinnern. In Kiel wurde am 12. März 1933 mit dem damaligen sozialdemokratischen Stadtverordneten Wilhelm Spiegel einer der ersten Sozialdemokraten von den Nazis ermordet. Otto Eggerstedt, der gegen das Ermächtigungsgesetz stimmte, hat die Beerdigungsrede gehalten. Wenige Monate später wurde er selbst von SA-Leuten ermordet. Wir haben diese Veranstaltung bewusst in den Schleswig-

Holsteinischen Landtag gelegt, weil es zum einen die schwärzeste Stunde für den deutschen Parlamentarismus war, zum anderen aber eben auch das beeindruckendste Signal parlamentarischen Mutes und Selbstbehauptungswillens.

Wir wollen Ihnen zunächst etwa acht Minuten der Rede von Otto Wels vorspielen. Sie ist als Tondokument nicht vollständig, wir haben den vollständigen Text aber ausgelegt. Wir werden parallel zu der Rede Fotos der Schleswig-Holsteinischen Abgeordneten zeigen und einige Bilder des Widerstandes, von Zeitungen und Demonstrationen aus dieser Zeit.

Anschließend freue ich mich sehr auf die Ansprache von Wolfgang Thierse, für den als Redner zu diesem Anlass viele Gründe sprechen. Ich möchte einen herausgreifen. Vor etwa acht Jahren warst Du, lieber Wolfgang, bei einer gemeinsamen Aktion in Neumünster gegen den rechtsextremistischen Club 88 mit dabei. Gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern, mit unserer Ministerpräsidentin Heide Simonis und Vertretern der Stadt Neumünster ging es darum, nicht nur zu einem bestimmten Termin zu demonstrieren, das auch, aber eben auch darum, im Alltag Zivilcourage zu zeigen.

Widerstand gegen Unterdrückung und der Kampf für die Freiheit prägen die Sozialdemokratie. Wir wollen Ihnen und Euch heute einen kleinen, aber wichtigen Ausschnitt davon zeigen.